

Kommunalpolitik in der Krise

Rede von Wolf Stammnitz im Namen der Fraktion Die LINKE zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2010 im Rat am 25.03.2010

Vor wenigen Tagen, am 20. März protestierten in Essen fünftausend Krisenopfer gegen das Unrecht, für eine Krise bezahlen zu sollen, die sie am allerwenigsten verschuldet haben. Nur ein paar Tausend, von mindestens 15 Millionen Krisenopfern allein in NRW. Keine griechischen Verhältnisse in Essen, keine brennenden Barrikaden, die Mövenpick-Community konnte gefahrlos ihr Mövenpick erreichen.

Obschon – was die deutschen Meinungsmacher jetzt anmaßend die sogen. „griechische Krankheit“ nennen, erscheint anderen als äußere Symptome der „deutschen Krankheit“. Über die ursächlichen Zusammenhänge zwischen beiden ist auf dem Parkett der EU ein handfester Krach ausgebrochen, in dem die deutschen Herrschaften ziemlich isoliert als brutale Ausbeuter dastehen.

Auf den ersten Blick scheint dieser Streit die Kommunalpolitik in Deutschland kaum zu berühren. Aber bei genauerem Hinsehen zeigen sich höchst lehrreiche Parallelen im Verhältnis der europäischen Zentralmacht Deutschland – einerseits zu den südlichen und westlichen Nachbarländern – andererseits zu den eigenen deutschen Kommunen.

1. Symptom der deutschen Krankheit: Krisenopfer werden schuldig gesprochen

Eine kurze Zeit lang kennzeichneten auch die bürgerlichen Leitmedien die gegenwärtige Krise als spekulationsgetriebene Finanzmarktkrise. Zwar ersetzte man die Analyse schnell durch moralische Empörung über die Profitgier einiger böser Banker und Hedgefondszocker. Da interessierte es die Ökonomenzunft nicht die Bohne – von ein paar linken Querköpfen abgesehen – dass es die jahrzehntelange asymmetrische Einkommens- und Vermögenskonzentration bei den oberen Zehntausend war, die die Spekulationsblasen füllte. Es interessierte auch kaum, wie die Arbeitsmarktpolitik bis hinunter in die Kommunen die Anhäufung der Spekulationsmasse beförderte. Niemand – außer uns Linken – untersuchte mal, wie auch die kommunale Haushaltspolitik die Krisenursachen verstärkte.

Erst vor ein paar Tagen entdeckte das Handelsblatt, was wir Dortmunder Linken schon vor mehr als einem Jahr in einer Broschüre schrieben, dass nämlich die städtischen Kämmerer selbst zu Zockern geworden sind. Kämmerer Stüdemann macht da keine Ausnahme, und Herr Pehlke, der bei uns mit den Zinswetten und dem Cross-Border-Leasing anfing, zockt inzwischen als Stadtwerke-Chef mit RWE-Aktien auf Pump. Genau solche Praktiken haben vor zwei Jahren die Spekulationsblasen zum Platzen gebracht, und wie wir sehen, denken die Herrschaften gar nicht ans Aufhören.

Dennoch, die Rede von der spekulativen Finanzkrise enthielt ein dickes Körnchen Wahrheit. Doch davon liest man heute kaum noch was. Der „Finanzindustrie“ geht es schon wieder blendend, und zwar vor allem dank der staatlichen Rettungsschirme, für die jetzt die kleinen Leute zahlen sollen.

Statt den Verantwortlichen wirft man nun den Opfern der deutschen Umverteilungs- und Niedriglohnpolitik vor, **sie** hätten jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt, das griechische Volk ebenso wie die deutschen Kommunen, und das müssten sie jetzt wieder gut machen mit

...

rabiaten Kürzungs- und Privatisierungsprogrammen. Das ist nicht nur ungerecht, sondern obendrein zynisch.

2. Symptom der deutschen Krankheit: die sogenannte Schuldenkrise

Die Behauptung vom „über die Verhältnisse leben“ beweist die mainstream-Ökonomie gern, lang und breit mit der Verschuldung, sowohl des griechischen Staates als auch der deutschen Kommunen.

In beiden Fällen steht die Wahrheit auf dem Kopf. Im griechischen Fall wuchs die Staatsschuld mit dem Außenhandelsdefizit, und dies folgt direkt – zwar nicht ausschließlich, aber vor allem – aus dem aggressiven deutschen Exportdruck, und der steht und fällt mit der deutschen Niedriglohnpolitik.

Im Fall der deutschen Kommunen schwoll die Schuldenlawine besonders ab dem Jahr 2000 mit Beginn der Währungsunion dadurch an, dass Bund und Länder den Kommunen immer mehr Pflichtaufgaben aufdrückten, aber die Mittel dafür nicht mitlieferten, sondern noch kürzten.

Dabei wird gern so getan, als seien Schulden an sich schon ein Krisensymptom. Das ist nichts als demagogische Stimmungsmache. Sowohl bei Wirtschaftsunternehmen als auch bei Staaten und Kommunen kann externe Kapitalverstärkung durchaus positive Effekte haben. Dabei kommt es einzig und allein auf das Verhältnis der Fremdfinanzierung zur eigenen Leistungsprognose an, und dies Verhältnis wird vor allem strategisch-politisch bestimmt.

So macht es im Fall der Kommunen Sinn, die Verschuldung an die Investitionstätigkeit zu binden. Ich habe nie verstanden, wie Kommunalpolitiker es verantworten können – auch in Dortmund – binnen weniger Jahre die Kreditaufnahmen auf das zwanzigfache der Investitionen explodieren zu lassen, um damit Löcher der laufenden Verwaltungsarbeit zu stopfen. Das ist doch geradezu eine Einladung an die Obrigkeit, den Strick noch enger zu ziehen, mit dem sie die kommunale Selbstverwaltung stranguliert. Sehen das unsere Stadtspitzen nicht, oder ist ihnen das Grundgesetz schon so egal? Ich sehe nur jeden Tag klarer, dass sie aus der selbst verschuldeten Schuldenfalle nicht mehr heraus kommen – es sei denn sie verweigern ab sofort radikal ihre Mitwirkung in diesem schmutzigen Spiel.

3. Symptom der deutschen Krankheit: „Wettbewerb“ stellt die Krise auf Dauer

Die meisten Menschen ahnen, dass diese Krise sich von allen vorangegangenen seit 1945 unterscheidet. Da kommt ja einiges zusammen: der globale Kollaps der Finanzmärkte, in der Folge ein nie da gewesener Einbruch der Wirtschaftsleistung – dabei reichten schon vor der Krise die Wachstumsraten kaum noch über 1 % hinaus – in der Folge Rekorddefizite sämtlicher öffentlicher Haushalte, und das alles vor dem Hintergrund knapper und teurer werdender Rohstoffe und explodierender Umweltreparaturkosten.

Wann hat es das zuletzt gegeben: eine Krise, in der entwickelte Länder eins nach dem anderen zahlungsunfähig zu werden drohen? In der Bundesrepublik stehen Gebietskörperschaften, die von Rechts wegen gar nicht pleite gehen können, zu Hunderten vor der Verpfändung ihres gesamten Anlagevermögens. Zum erstenmal seit 1945 schrumpften im reichen Deutschland 2009 sogar die Bruttolöhne. So eine Krise gab es seit 1929/33 nicht mehr.

...

Damals wurde sie um den Preis der größten kriegerischen Katastrophe aller Zeiten überwunden. Auch wenn wir heute hoffen können, dass die Menschheit aus der Erfahrung von damals gelernt hat, ihre Krisen anders als mit einem Weltbrand zu löschen – stellt uns die gegenwärtige Krise doch vor eine grundlegend neue Aufgabe: Nicht nur die Griechen, sondern auch wir und sämtliche alten Industrieländer stehen vor dem Abschied vom gewohnten Wachstumsmodell.

Auch unsere Politiker ahnen das, aber sie dürfen es um nichts in der Welt zugeben. Daher verhalten sie sich jetzt wie das Orchester auf der Titanic: Bloß nicht aufhören, weiter zu spielen. Nichts in der Welt wird sie davon abbringen, die alte Wachstumsideologie, mit der sie bisher noch jede Krise überstanden haben, auch in der neuen Krise hoch zu halten.

Solange sie nur in Sonntagsreden weiter Wachstum beschwören, wirkt das nur hilflos und unglaubwürdig. Zur Katastrophe führt das aber, sobald sie versuchen, Wachstumseinbußen durch verschärften Wettbewerb auszugleichen. Das kann nur im Ruin enden, zuerst bei den Nachbarn, dann bei uns selbst. Das erleben wir gerade an der Art, wie Deutschland seinen Nachbarn Griechenland in Grund und Boden konkurriert. Und wir erleben es in den deutschen Kommunen, wie die sich gegenseitig kaputt konkurrieren.

Dortmunds Stadtspitzen scheinen der Parole zu folgen: „Augen zu und durch, irgendwann geht auch die schlimmste Krise zu Ende.“ Wenn sie sich da mal nicht täuschen. Diese Möglichkeit besteht durchaus, wenn man selbst die Krise verewigt. Dass ein prozyklischer Schrumpfkurs die Krise vertieft und verlängert, an diese Binsenweisheit haben wir im Rat schon vor Monaten erinnert.

Der neue Haushaltsplan aber nimmt das bewußt in Kauf. Er setzt weiter auf Stellenabbau bei der Stadt, Ausgliederungen, Einkommensenkungen und Leistungskürzungen, d.h. er produziert weitere Kaufkraftverluste. In der vagen Hoffnung, dass in ein paar Jahren die Wirtschaft wieder wächst.

- Und wenn nicht? „Nach uns die Sintflut!“ steht dann über dieser Kommunalpolitik.